

25.06.2001 – 11:30 Uhr

Volkszählung 2000: Erste Bilanz sehr positiv

Bern (ots) -

Unmittelbar vor Ablauf der Erhebungsarbeiten fällt die erste Bilanz der Eidgenössischen Volkszählung 2000 sehr positiv aus. Die Beteiligung der Bevölkerung war ausgezeichnet, und die Neuerungen in der Organisation wie z.B. der Fragebogenversand per Post oder der E-Census haben sich als nützlich erwiesen. Die Erfahrungen mit der zentralen Bearbeitung von Daten aus den Einwohnerregistern haben jedoch Schwachstellen aufgezeigt, die das Bundesamt für Statistik (BFS) mit seiner Initiative "E-Administration" lösen möchte.

Organisatorisch gesehen stellt die Volkszählung 2000 einen Zwischenschritt dar auf dem Weg von der klassischen Direkterhebung bei der Bevölkerung hin zur systematischen Verwendung der Verwaltungsregister von Bund, Kantonen und Gemeinden.

Die zentrale Bearbeitung von Daten aus den Einwohnerregistern der Gemeinden und Kantone im Rahmen der Volkszählung 2000 machte mehrere Neuerungen möglich: Vorbedruck der Fragebogen, Versand und Rückkehr der Erhebungsunterlagen per Post für 90% der Bevölkerung, Volkszählung per Internet (E-Census) sowie die Auslagerung von Gemeindearbeiten an eine zentrale Bearbeitungsstelle (z.B. Mahnwesen).

Ausgezeichnete Teilnahmequote

Sowohl die Einhaltung der Termine als auch die Qualität der Antworten haben die Erwartungen des BFS übertroffen. Der Umstand, dass über 90% der Fragebogen im ersten Anlauf zurückgegeben wurden, zeugt einerseits vom Pflichtbewusstsein der meisten Bürgerinnen und Bürger und andererseits vom wieder gewonnenen Vertrauen in die Volkszählung nach der so genannten "Fichenaffäre" von 1990. Das BFS spricht der Bevölkerung der Schweiz für die ausgezeichnete Beteiligung seinen Dank aus (Details s. Ueberblick im nebenstehenden Kasten).

Versand und Rücksendung per Post: Eine effiziente Lösung

Das erstmalige Versenden und Rücksenden der Fragebogen per Post hat sich als sehr effizient erwiesen. In einer mobilen Gesellschaft mit immer variableren Zeitplänen, in Städten mit immer mehr Gebäuden ohne Zugangsmöglichkeit am Tag erweist sich die Post als sehr effizienter Kanal, um die Befragten sicher zu erreichen. Befürchtungen, die Bevölkerung könnte ihre Teilnahme wegen des fast vollständigen Fehlens von Zählpersonen vermehrt verweigern, haben sich als falsch erwiesen. Die Kommunikationsanstrengungen des BFS - angefangen bei der Volkszählungszeitung über die TV-Spots oder die Uebersetzung der Erhebungspapiere in verschiedene Sprachen bis hin zur Hotline - haben das Ihre zur Effizienz der postalischen Lösung beigetragen.

Unterstützung durch die Gemeinden und Kantone

Ein anderer entscheidender Erfolgsfaktor der Volkszählung 2000 war die Unterstützung des BFS durch die Kantone und die Gemeinden. Sei es

in den Kleinstgemeinden mit Miliz- und Freiwilligensystem, sei es in den Grossstädten und Kantonen, wo die Volkszählung nicht oberste Priorität der zuständigen Fachleute war - überall hat das BFS kompetente Ansprechpartner gefunden, die bei der Vorbereitung des Fragebogenvorbedrucks oder bei der Behandlung von Problemfällen mit Hand angelegt haben. Oft haben die Gemeinden auch jenen Personen geholfen, die mit der Beantwortung der Fragebogen Schwierigkeiten hatten.

Unterstützung durch spezialisierte Unternehmen

Die Erhebungsarbeiten hätten ohne das Know-how von privaten Partnern nicht in ihrer modernen Form durchgeführt werden können. Das Dienstleistungszentrum aus einem Konsortium um die Unternehmen Data Care Luzern AG, Interact Consulting AG und Federas Beratung AG und mit Unterstützung durch The BEE Company AG, DemoSCOPE AG, und IHA GfM AG hat sich als wichtige Stütze erwiesen. Es übernahm nicht nur verschiedene Gemeindearbeiten (z.B. Mail-Management, Erinnerungswesen), sondern entwickelte auch ein System zur Datenerfassung und -aufarbeitung. Diese Aufgabenzentralisierung verbesserte den Datenschutz und erleichterte dessen Ueberwachung. Dank der getroffenen Sicherheitsmassnahmen und täglicher Kontrollen - die es bis zum Ende der Aufarbeitungsphase fortzusetzen gilt - sind keine Datenschutzverletzungen aufgetreten.

Notwendige Harmonisierung

Diese positive Gesamtbilanz darf aber nicht über gewisse Schwachstellen hinweg täuschen. Die Arbeiten im Vorfeld der Volkszählung, insbesondere jene im Zusammenhang mit dem Vorbedruck und der Adressierung der Fragebogen, wurden durch die uneinheitliche Struktur und den Koordinationsmangel der Einwohnerregister erheblich gebremst und kompliziert. Sowohl im Bereich der Informatik und der Definitionen als auch der Adressierungssysteme sind die Gemeinderegister sehr heterogen. So ist es zum Beispiel bei vielen Registern nicht möglich zu sagen, welche Personen zusammen einen Haushalt bilden. Weiter erforderte der zentrale Versand der Fragebogen schon nur für die Adressierung einen enormen Vorbereitungsaufwand. Zum Teil gab es sogar Gemeinden, die keine Gebäudeadressen kannten.

Schliesslich vermögen die Register den heutigen Anforderungen nicht immer zu genügen. Zum Beispiel trug die Adressierung der Umschläge für die Volkszählung 2000 der Gleichstellung von Frau und Mann nicht genügend Rechnung. Der Mangel an Koordination zwischen den Registern der Kantone und Gemeinden machte auch eine rationelle Mutationsverwaltung - zum Beispiel die rasche Behandlung von Umzügen oder von Zivilstandsänderungen - praktisch unmöglich.

E-Administration

Die Zukunft der Volkszählung steht und fällt mit einer tief greifenden Reform der Verwaltungsregister, d.h. einer Harmonisierung der Definitionen und Identifikatoren sowie einer Vernetzung der Einwohnerregister und ihrer Verknüpfung mit dem Eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregister, das ab 2002 operationell sein wird. Eine vom BFS geleitete Expertengruppe mit Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Kantonen und Gemeinden wird im Herbst 2001 eine Initiative zur Registerharmonisierung lancieren - E-Administration. Diese stützt sich auf den Artikel 65 der Bundesverfassung, der den Bund zum Erlass von Vorschriften in diesem Bereich ermächtigt.

E-Administration ist Teil eines grösseren Ganzen, des E-Government, und verfolgt nachstehende Ziele:

- Anpassung der Verwaltungsregister und deren Führung an die Möglichkeiten der Informationsgesellschaft;
- Erstellung von Verknüpfungen zwischen den verschiedenen Registern, insbesondere zwischen dem

Eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregister und den Einwohnerregistern der Gemeinden und Kantone;

- Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für Registererhebungen, wobei sich die Befragung auf jene

Daten beschränkt, die in keinem Verwaltungsregister verzeichnet sind;

- Entwicklung kombinierter Erhebungsmethoden unter Verwendung von Registerdaten, Telefoninterviews und interaktiven Interneterhebungen.

Kasten 1: E-Census - eine Erfolgsstory

Alle Personen, welche die Volkszählungsfragebogen per Post erhielten und auf diesem Weg auch wieder zurückschicken konnten (90% der Bevölkerung), hatten auch die Möglichkeit, ihre Antworten via Internet abzugeben. Insgesamt machten 120'000 Haushalte mit rund 280'000 Personen bzw. 4,2% der Bevölkerung von dieser Lösung - dem E-Census - Gebrauch. Angesichts der Anzahl mit Internettechnologie ausgerüsteter Haushalte und der Tatsache, dass der E-Census gegenüber dem Papierweg keine entscheidenden Vorteile brachte, ist diese Teilnahmequote als echter Erfolg zu werten, dies umso mehr, als bisher keine Datenschutzverletzungen festgestellt worden sind.

Ein genauerer Blick auf die Verwendung des E-Census zeigt, dass dessen Homepage 238'000 Mal besucht wurde. Mit anderen Worten hat schlussendlich einer von zwei Haushalten, die sich für den E-Census interessierten, das Verfahren vollständig absolviert. Diese Differenz zeigt, wie wichtig es im Internetbereich ist, zwischen einfachem Surfen und komplexen Transaktionen zu unterscheiden.

Die Zahl der via E-Census erhobenen Haushalte entspricht den Erwartungen des BFS. Angesichts des technisch nicht allzu einfachen Systemzugangs (14 Zeichen langes Passwort, 128-Bit-Verschlüsselung), der vergleichsweise einfachen Alternative mit dem Papierfragebogen, der Bedingung, wenn schon alle Haushaltsfragebogen via E-Census auszufüllen sowie der Anzahl potenzieller Internet-Benutzer und Benutzerinnen in der Schweiz (ca. 30% der Bevölkerung Ende 2000) sind die Ergebnisse des E-Census als echter Erfolg zu werten.

In den ersten drei Betriebswochen des E-Census wurden rund 90% der über diesen Weg erhobenen Personen erfasst. Interessant ist die Verteilung der Zugriffe während des Tages und der Woche. So war die Benutzung in den ersten drei Wochen am intensivsten.

Haushaltsprofile

Die Haushaltsprofile der E-Census-Haushalte unterscheiden sich teilnahmemässig nur wenig bezüglich der Kriterien Sprachregion, Stadt-Land oder Ausländer-Schweizer. Ueberschüssig sind jedoch die Männer gegenüber den Frauen, die 15- bis 30-Jährigen gegenüber den übrigen Altersgruppen, die Einpersonenhaushalte gegenüber den übrigen Haushalten, die Erwerbspersonen gegenüber den Pensionierten sowie die Personen mit höherer Ausbildung gegenüber jenen nur mit obligatorischer Schulbildung.

Diese Differenzen zeigen, dass von einem Internetzugang und gleichen Computermöglichkeiten für alle noch nicht die Rede sein kann.

Kasten 2: Der laufende Aufarbeitungsprozess

Parallel zum Abschluss der Erhebungsarbeiten hat das zuständige Zentrum in Luzern mit der Datenaufarbeitung begonnen. Dabei geht es darum, die vier zentralen Statistikgrössen der Volkszählung - die Personen, die Haushalte, die Wohnungen und die Gebäude - möglichst genau zu bestimmen und sie miteinander zu verknüpfen.

Der Aufarbeitung stellen sich zahlreiche Hindernisse in Form von Inkohärenzen, fehlenden Informationen oder systembedingten Mängeln im Scanning- und Bearbeitungsbereich in den Weg. In einem ersten Schritt wird deshalb versucht, die entstandenen Fehler mit einer Reihe von Tests automatisch zu korrigieren. Wo dies nicht möglich ist, bedarf es manueller Korrekturen.

Die Codierung der Berufe ist ein gutes Anwendungsbeispiel für diese Tests. Die von der Bevölkerung frei formulierten Beschreibungen müssen vor der eigentlichen Analyse geordnet werden. Zu diesem Zweck werden die Antworten in Funktion von 16'500 Bezeichnungen in einer Berufsdatenbank codiert. Auch hier gilt es, zahlreiche Stolpersteine zu beachten:

- Spezialisierung in gewissen Berufen; so gibt es z.B. im Deutschen rund 100 Bezeichnungen für Gärtner, im Französischen über 150 Bezeichnungen für Ingenieure;
- Synonyme: Mit "Ehetherapeutin" (Antwort) kann durchaus eine "Eheberaterin" (Referenztext) gemeint sein;
- Abkürzungen: Mit "RT" kann zum Beispiel "Röntgentechniker" gemeint sein;
- Ungenauigkeiten: z.B. die Angaben "SBB" oder "selbständig";
- Neue Berufe: z.B. Multimedia-Autor oder Verkehrsmanager, die noch nicht in der Referenzdatenbank enthalten sind.

Kasten 3: Diffusion der Ergebnisse

Die Diffusion der Ergebnisse gestaltet sich zeitlich wie folgt:

Ende 2001: Erste Ergebnisse für die Schweiz als Ganzes, für die Kantone und für die Gemeinden mit demografischen Basisdaten (Verteilung nach Alter, Geschlecht, Zivilstand, Nationalität) und Zahlen zum Gebäude- und Wohnungsbestand.

Herbst 2002: Vollständige und definitive Ergebnisse; diese sind Gegenstand eines breit angelegten Publikationsprogramms mit Schwerpunkt Internet.

Ab 2003: Das BFS hat eine Reihe wissenschaftlicher Analysen geplant. Ein besonderes Augenmerk gilt der Urbanisierung und der Entwicklung der Agglomerationen, der beruflichen Mobilität (z.B. Wechsel der Tätigkeit in Bezug auf den erlernten Beruf), der räumlichen Mobilität (Pendler, Wanderungen), der Erwerbstätigkeit (z.B. Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt) oder auch der Entwicklung der Mietpreise.

Einen weiteren Schwerpunkt werden retrospektive Statistiken bilden (Zeitraum 1900-2000).

Kasten 4: Der Fragebogenrücklauf in Zahlen

Etwas mehr als 90% der Bevölkerung haben die Volkszählungsfragebogen per Post erhalten und sie auch auf diesem Weg wieder zurückgesandt. Unten stehende Zahlen beziehen sich ausschliesslich auf diesen Grossteil der Bevölkerung.

In den übrigen Gemeinden wurden die Erhebungspapiere entweder durch Zählpersonen verteilt und eingesammelt (4% der Bevölkerung) oder per Post versandt und durch Zählpersonen eingesammelt (rund 3% der Bevölkerung). Einige Gemeinden (darunter die Städte Chur, Rheinfelden und Zofingen), der Grossteil des Kantons Zug und der

ganze Kanton Tessin richteten ihr eigenes Verteil- und Rücklaufsystem ein.

1. Erster Postversand

Insgesamt wurden rund 10,8 Mio. Fragebogen verteilt; davon 6,2 Mio. Personenfragebogen, 3,2 Mio. Haushaltsfragebogen und 1,4 Gebäudefragebogen. Da zur Sicherheit etwas mehr Fragebogen als nötig versandt worden waren, wurden insgesamt nur 10,55 Mio. Fragebogen zurück erwartet.

2. Spontane Rücklaufquoten

Ende Januar 2001 wurde zum ersten Mal Bilanz über die erhaltenen bzw. noch ausstehenden Fragebogen gezogen: Zu diesem Zeitpunkt waren insgesamt 9,649 Mio. Fragebogen (inkl. Internet) zurückgesandt worden, d.h. 91,5% der erwarteten Totals.

3. Schriftliche Erinnerungen

In der ersten Februarhälfte 2001 wurde an rund 500'000 Personen eine Erinnerung versandt (Personenfragebogen); auch rund 130'000 Gebäudefragebogen wurden zu Erinnerungszwecken ein zweites Mal zugestellt.

Diese Mahntätigkeit ergab 420'000 weitere Fragebogen, wodurch die Gesamtrücklaufquote (inkl. ca. 37'000 Rücksendungen via Internet) auf 95,8% des erwarteten Totals.

Ende März 2001 wurden im Rahmen einer zweiten Erinnerung rund 210'000 Umschläge versandt; 75'000 Fragebogen kamen fristgerecht zurück und hoben dadurch die Gesamtrücklaufquote auf 96,5% des erwarteten Totals an.

4. Telefonische Mahnungen

Ende April 2001 wurden für rund 150'000 ausstehende Fragebogen dritte und vierte Erinnerungen unternommen, diesmal in telefonischer Form. Die Verfahren sind noch im Gang, aber bereits jetzt konnten ungefähr 40'000 weitere Fälle gelöst werden.

Mit anderen Worten lagen der Aufarbeitungsstelle 10'261 Mio. Fragebogen vor, d.h. ca. 97,3% des erwarteten Totals.

5. Laufende Arbeiten

Zum einen sind gegenwärtig telefonische Mahnverfahren (für 110'000 Fragebogen) im Gang. Zum anderen befinden sich noch 55'000 Fragebogen im Umlauf, für die zunächst bei den zuständigen Gemeinden Nachforschungen angestellt werden mussten. Rund 40'000 Fälle konnten bisher so definitiv gelöst werden.

6. Restfälle

Alle Fragebogen, die am Ende der telefonischen Mahnphase (voraussichtlich Mitte Juli) noch nicht eingetroffen sind, werden als Restfälle an die zuständigen Gemeinden weitergeleitet. Diese entscheiden dann, ob sie die Betroffenen ein letztes Mal mahnen oder ob sie die wichtigsten Angaben selber machen wollen. Ende September dürften alle Arbeiten im Zusammenhang mit dem Erinnerungs- bzw. Mahnwesen abgeschlossen sein. Es sei daran erinnert, dass die Gemeinden das Recht haben, für die letzten Mahnungen bei den Nichtantwortenden eine finanzielle Entschädigung von maximal 1'000 Franken für die entstandene Mehrarbeit einzufordern.

Kontakt:

Dr. Werner Haug, Vizedirektor Bundesamt für Statistik
Tel. +41 32 713 66 85

Claude Gisiger, Bundesamt für Statistik, Leiter
Kommunikation "Volkszählung 2000"
Tel. +41 32 713 62 45

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000114/100008490> abgerufen werden.